

Revolte im Hörsaal

Die Berliner Humboldt-Universität im Jahr 1956

Stefan Wolle

Das Jahr 1956 als geschichtsideologische Chiffre

In den späten achtziger Jahren wurde in den intellektuellen Kreisen der DDR wieder viel über das Jahr 1956 geredet, mehr im Grunde als über das traumatische Menetekel der DDR, den *17. Juni 1953*. Dieser ordnende – um nicht zu sagen: selektive – Blick auf die eigene Geschichte hatte gute Gründe. An offenen Aufruhr und Massendemonstrationen, an Sturz des SED-Systems und Wiedervereinigung wollte bis in den Spätsommer 1989 hinein in Ost und West niemand glauben – weder die Regierungen noch ihre allwissenden Nachrichtendienste, noch die Oppositionsgruppen in der DDR und schon gar nicht jene inneren Zirkel von Intellektuellen, die hinter verschlossenen Türen über die Vervollkommnung des sozialistischen Rechtsstaates debattierten. Als das ungezogene und dumme Volk schließlich auf die Straße ging, um das SED-System hinwegzufegen, grollte die Intelligenzija in Ost und West der Weltgeschichte und wurde erst wieder munter, als es galt, die Schattenseiten des Transformationsprozesses gründlich zu würdigen.

Die Situation von 1956 dagegen schien seit Mitte der achtziger Jahre wieder von erneuerter Aktualität zu sein. Die Geschichte schien sich förmlich zu wiederholen.

In der Sowjetunion wurde mit Gorbatschows Amtsantritt eine neue heftige Debatte über den Stalinismus entfacht. Erstmals wurde öffentlich die Frage gestellt, ob Stalin und Hitler nicht Brüder im Geiste gewesen seien. Ein Artikel dieses Inhalts führte im November 1988 zum Verbot der auf deutsch erscheinenden sowjetischen Zeitschrift *Sputnik* in der DDR und damit zu der größten denkbaren Blamage der SED-Führung.

Auch in Ungarn schlug die Vergangenheitsbewältigung hohe Wellen. Imre Nagy, der Held des ungarischen Volksaufstandes von 1956, wurde am 16. Juni 1989 genau einunddreißig Jahre nach seiner Hinrichtung endlich zu Grabe getragen. Hunderttausende folgten dem Sarg mit den sterblichen Überresten des von den Kommunisten ermordeten Politikers. Die Völker des östlichen Europa bewiesen 1989, daß sie ein gutes Gedächtnis hatten. Ganz im Sinne ihrer Traditionen seit dem neunzehnten Jahrhundert ging der Gewinn der politischen Handlungsfreiheit Hand in Hand mit der Wiederherstellung der verdrängten und verfälschten Geschichte.

In der DDR lagen die Dinge komplizierter, doch auch hier spielte während des Umbruchs von 1989/90 die Auseinandersetzung mit den Ereignissen des Jahres 1956 eine nicht ganz unwichtige Rolle. Die Protagonisten des Krisenjahres 1956 meldeten sich öffentlich zu Wort. Walter Janka kündigte ein Buch an, dessen Titel das bekannte Brechtwort von den Schwierigkeiten mit der Wahrheit aufgriff. Eine öffentliche Lesung des Schauspielers Ulrich Mühe im Deutschen Theater am 28. Oktober 1989 war für viele Intellektuelle das Zeichen zum verspäteten politischen Aufbruch.

In bisher ungekannter Schnelligkeit erschien schon in der ersten Jahreshälfte 1990 im damals noch parteieigenen Dietz-Verlag eine Broschüre mit dem Titel „SED und Sta-

linismus – Dokumente aus dem Jahr 1956“.¹ Darin wurde erstmals in der DDR die berühmte „Geheimrede“ Nikita Sergejewitsch Chruschtschows sowie einige Dokumente aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED abgedruckt. Im Vorwort wird deutlich auf den aktuellen Bezug der Veröffentlichung hingewiesen: „... die Abrechnung mit dem Stalinismus [ist] eine der grundlegenden Forderungen der SED-PDS. [...] Diese Forderung muß in der DDR ohne Wenn und Aber erfüllt werden, wenn der Aufbruch zu einem menschlichen Sozialismus glaubwürdig und auf gesicherten Fundamenten erfolgen soll.“²

Die Distanzierung vom Stalinismus war eine ideologische Grundlage der gewendeten Partei. Was aber war Stalinismus? Wann beginnt er, und wann endet er? Hatte sich nicht die SED schon 1956 und 1961 entschieden von Stalin abgewandt, seine Denkmäler abreißen und die Gesammelten Werke in der Rumpelkammer verschwinden lassen? Was sollte also im Jahre 1990 eine dritte „Entstalinisierung“?

Der Sinn, diesen in der DDR streng verpönten westlichen Kampfbegriff des Kalten Krieges zu übernehmen, bestand darin, einen Unterschied zwischen der deformierten politischen Praxis der Stalin-Zeit und der wahren, echten und ursprünglichen, menschlichen Idee des Sozialismus zu postulieren. Für diesen Rettungsversuch war und ist es wichtig, das historische Ende des Stalinismus zu definieren. Den historischen Punkt also, an welchem die Chance bestanden hatte, die stalinistische Praxis zu überwinden und zur reinen Idee zurückzukehren. 1956 gab es scheinbar diese klare Polarisierung zwischen Stalinismus und dem Sozialismus. Damals regte sich zum ersten und zum letzten Mal innerhalb der SED eine ernsthafte Opposition, die man nun als „antistalinistisch“ definierte. So wurde die dramatische Entwicklung des Jahres 1956 zum Lieblingsereignis der Linksintellektuellen. Ein verschüttetes Generationserlebnis der Aufbaugeneration wurde zur Projektion ihrer gescheiterten politischen Biographie. Für sie und für viele andere, die damals noch zur Schule oder zur Universität gingen, waren die emotional aufwühlenden Ereignisse im Herbst 1956 eines der wenigen Generationserlebnisse, auf das sie sich positiv beziehen konnten. Im Zuge der quälenden Kritik- und Selbstkritik-Kampagnen von 1957 bis 1959 ist fast jedes Parteimitglied irgendwann und irgendwie in die Mühlen inquisitorischer Befragungen von Parteikontrollkommissionen geraten. Die Rituale der Erniedrigung schufen auch Exkulpationsmuster. Wenigstens ein kleines bißchen ist jeder mal „dagegen gewesen“, hatte Zweifel, die er dem „großen Traum“ zuliebe tief im Herzen verbarg – „ideologische Bauchschmerzen“ wie es im Jargon der SED-Funktionäre bildhaft hieß. So blieb 1956 ein Lieblingsthema jener Generation von SED-Vertretern, die 1989 von der Bühne abtrat. In den Memoirenwerken kann man die Entschuldigungsmuster studieren. So schreibt der langjährige Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Günter Benser, in seinen Lebenserinnerungen: „Zwischen Dogmatikern und Erneuerern tat sich ein Graben auf. Im Unterschied zu 1953 ging Unruhe diesmal nicht von den Betriebsbelegschaften aus, sondern vor allem von der Intelligenz. Die nachhaltigsten Korrekturbestrebungen kamen aus den Reihen der SED selbst.“³ Günter Benser

1 SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahr 1956. Hrsg. von Josef Gabert und Lutz Prieß unter Mitarbeit von Peter Erlor und Jutta Finkeisen. Berlin (DDR) 1990; kurze Zeit später erschien ein Separatdruck mit Chruschtschows Rede in der gleichen Textfassung und dem „Beschluß des ZK der KPdSU über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen vom 30. Juni 1956“ unter dem Titel: Die Geheimrede Chruschtschows „Über den Personenkult und seine Folgen“, Berlin (DDR) 1990.

2 SED und Stalinismus, S. 5.

3 Benser, Günter: DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht. Berlin 2000, S. 199.

vergißt nicht zu erwähnen, daß auch er in diesem Zusammenhang einem „ideologischen Donnerwetter“ ausgesetzt war.

Noch deutlicher wird die These in Werner Mittenzweis Buch *Die Intellektuellen* formuliert: „Von 1953 bis 1956 existierte eine Oppositionsbewegung, die wesentlich von Intellektuellen getragen wurde. Im Unterschied zu dem elementaren Ausbruch der Arbeiterschaft am 17. Juni 1953, der sich gegen die rapid verschlechternden materiellen Lebensbedingungen richtete, bei dem aber keine neuen politischen Programme, sondern nur die Losungen der anderen Seite zur Sprache kamen, entwickelte die Intellektuellenbewegung der fünfziger Jahre detaillierte Vorschläge auf verschiedenen Gebieten, wie auch übergreifende Konzeptionen.“⁴

In welchem Umfange bestätigen die zeitgenössischen Quellen die Erinnerungen und Thesen ehemaliger Funktionsträger des SED-Systems, daß die zentrale Konfliktlinie zwischen Dogmatikern und Erneuerern innerhalb der SED verlaufen wäre, während die Arbeiter von niederen materiellen Beweggründen getrieben die „Losungen der anderen Seite“ wiederholten? Abgesehen von dieser für einen Marxisten befremdlichen Auffassung von der Rolle der Arbeiterklasse in der Weltgeschichte ist dieses Denkmuster bezüglich des 17. Juni 1953 vor allem durch die umfassenden Quellenrecherchen von Ilko-Sascha Kowalczuk gründlich widerlegt worden.⁵ Die vielbeschworene Normenfrage war im Juni 1953 kaum mehr als der Funke im Pulverfaß. Innerhalb weniger Stunden schlug die Arbeiterbewegung in eine Volksrevolution um, die in der Tat den Sturz des SED-Systems und die Wiedervereinigung erstrebte.

Auch die These von der unruhigen Intelligenz und der schweigenden Arbeiterschaft im Jahre 1956 ist bereits durch Quellenforschungen in Frage gestellt worden.⁶ Richtig ist allerdings, daß es dem SED-Regime gelang, durch eine geschickte Doppelstrategie von Drohgebärden und sozialen Zugeständnissen größere Ausbrüche von Volksunwillen zu vermeiden. Zudem herrschte angesichts der drohenden Weltkrise im Zusammenhang mit dem britisch-französischen Suez-Abenteuer eine verbreitete Kriegsangst.⁷ Interessant ist nun noch die Untersuchung der Haltung der Intelligenzschicht, die sich von einer Fixierung auf einige wenige prominente Intellektuelle löst. Auch Mittenzwei versteht unter Intellektuellen fast ausschließlich jene Gruppe. Er müßte sich aber erinnern, daß dieser Begriff in der DDR nicht nur unüblich, sondern sogar streng verpönt war. Entweder sagte man landläufig „Intelligenzler“ oder im offiziellen Sprachgebrauch „Angehörige der werktätigen Intelligenz“. Hierzu gehörten aber weit mehr als die kleine Gruppe freier Schriftsteller und Künstler. Im Grunde war der Begriff identisch mit der rein formal definierten Rubrik der „Hoch- und Fachschulkader“. Dazu gehörten beispielsweise auch die Mitarbeiter der tierärztlichen Fakultät, von denen hier die Rede sein soll – und zumindest potentiell auch jene Studenten der Berliner Humboldt-Universität, deren mutiger Widerstand damals so viel Wirbel verursachte und später zur heimlich tradierten Legende werden sollte.

4 Mittenzwei, Werner: *Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 2000*. Leipzig 2001, S. 135.

5 Kowalczuk, Ilko-Sascha/Mitter, Armin/Wolle, Stefan: *Der Tag X – 17. Juni 1953*. 2. Aufl., Berlin 1995 (Forschungen zur DDR-Geschichte; 3); Kowalczuk, Ilko-Sascha: *17.6.1953: Volksaufstand in der DDR*. Bremen 2003.

6 Wolle, Stefan: *Das MfS und die Arbeiterproteste im Herbst 1956*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 5/1991, S. 42 ff.

7 Zuletzt dazu: Pfeil, Ulrich: *Die Suezkrise*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 17-18/2006, S. 32 ff.

Die Berichte des MfS und der SED als historische Quellen

Zwar befand sich die DDR 1956 erst im Jahr sieben ihrer Existenz, doch die Berichtskultur war erstaunlicherweise bereits damals zur Vollendung gediehen. Die Mischung aus bürokratischer deutscher Aktenführung und orientalischer Despotie war dem ostdeutschen Staatswesen offenbar in die Wiege gelegt. Aus jedem nur denkbaren Anlaß setzten sich Funktionäre der Parteien und Massenorganisationen, Dienstvorgesetzte, Volkspolizisten, Lehrer, Stasi-Spitzel und MfS-Führungsoffiziere an die Schreibmaschine oder griffen zu Bleistift und Papier, um über die Stimmung der Bevölkerung, über besondere Vorkommnisse, einzelne Personen und Vorgänge oder einfach dem kalendarisch festgelegten Lauf von Wochen, Monaten und Jahren folgend Berichte zu schreiben: Informationsberichte, Stimmungsberichte, Sonderberichte, Tagesberichte, Wochenberichte, Monatsberichte, Jahresabschlußberichte, Reiseberichte, Sofortberichte reihten sich in nicht enden wollender Folge aneinander.

Bei der Lektüre der Berichte drängt sich der Eindruck auf, diese Art der Schriftkultur wäre neurotisch gewesen. Doch nichts ist falscher als diese Schlußfolgerung. Das System der ständigen und allumfassenden gegenseitigen Denunziation war ein fundamentaler Mechanismus des Machterhalts. Die Berichte wurden ausgewertet, komprimiert und nach oben weitergereicht, so daß eine Art Berichtspyramide entstand, an dessen Spitze das Politbüro des ZK der SED stand. Berichte entwickelten sich zu einer eigenen Prosagattung, mit einer eigenen Sprache, topologischen Mustern und Signalsystemen von Andeutungen. Es gab umfangreiche Vorgaben von Partei, Staatssicherheit, Volkspolizei, Massenorganisationen und staatlichen Leitungen über das Verfassen von Berichten. Die Berichte sollten vor allem sachlich und konkret sein, problem- und lösungsorientiert, keine überflüssigen Phrasen enthalten und schnell zum Kern kommen. Eine spezielle Kategorie war die „Ehrlichkeit“, die vom MfS erwartet wurde. Es gab einzelne Stimmungsberichte, die praktisch zu einer Art staatsfeindlicher Hetze mutierten. Die Berichte zur Person des Ersten Sekretärs Walter Ulbricht, die 1956 zu einer eigenständigen Rubrik ausgebaut wurden, dürften an höchster Stelle wenig Wohlgefallen ausgelöst haben. Seitenlang wiederholten sie gehässige Redensarten und böartige Witze über den „Spitzbart“. Einzelne Informanten schrieben sich sogar gedeckt durch den geheimpolizeilichen Zweck ihrer Ausführungen ihren Unmut von der Seele und brachten Zustände zur Sprache, wie es kein westlicher Hetzsender besser gekonnt hätte. So waren Berichte immer eine schwierige Gratwanderung zwischen Bagatellisieren und Übertreiben, zwischen Unter-den-Teppich-Kehren und Absichern. Dennoch ist durch das Berichtsunwesen eine kulturgeschichtliche Quelle eigener Art entstanden. Seit der Öffnung der ersten Archive im Sommer 1990 wird immer wieder die Frage gestellt, ob man alles glauben dürfe, was in den Akten steht. Aus der Perspektive des Apparates gesehen, war es zweifellos eine Art Wahrheit, die hier transportiert wurde. Die Informationsberichte der Partei und der Staatssicherheit bilden gerade wegen ihrer eingengten Perspektive, ihres schematisierten Aufbaus und ihrer stereotypen oft unbeholfenen Sprache ein seismographisch genaues Bild der Stimmungslage unter den Ost-Berliner Studenten.

Aus den Ereignissen von 1956 wußte die Staatssicherheit schließlich auch keine andere Schlußfolgerung zu ziehen, als das Spitzelnetz noch enger zu knüpfen und die Berichterstattung zu verbessern. In der von Oberst Beater unterzeichneten Richtlinie 1/56 (Abwehr feindlicher Tätigkeit gegen die Universitäten und Hochschulen der DDR) heißt es: „Die Berichterstattung ist ein wesentlicher Faktor der operativen Arbeit. Sie dient der Koordinierung der Arbeiten und der Anleitung von bestimmten Maßnah-

men.“⁸ Um welche Art von Maßnahmen es sich dabei handelt, läßt die Richtlinie 1/56 nicht im unklaren: „Bei der Arbeit mit dem GI-Netz müssen die Aufgaben, die mit der GI-Arbeit zu erfüllen sind, [...] konzentriert werden, [...] um der Ausbreitung feindlicher Stimmungen zu begegnen, Konzentrationen feindlicher Elemente zu zerschlagen, um an Agenten anzusetzen und in Untergrundgruppen einzudringen und die feindliche Tätigkeit durch Festnahmen zu beenden.“⁹

Hochschulen und Studentenschaft in der DDR

Die Humboldt-Universität war 1956 mit insgesamt 18 135 Hochschulangehörigen die größte Ost-Berliner Einrichtung. Darunter waren 10 561 Studenten an elf Fakultäten mit über hundert verschiedenen Fachrichtungen und Instituten.¹⁰ Die Humboldt-Universität war nach der Technischen Hochschule Dresden und der Karl-Marx-Universität Leipzig die drittgrößte Hochschuleinrichtung der DDR, als hauptstädtische Universität allerdings in mancher Hinsicht die wichtigste, auf jeden Fall aber die am meisten im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehende Bildungseinrichtung des Landes. Andererseits war die Humboldt-Universität für die SED immer ein besonders problematisches Sorgenkind. Vor allem die Nähe zu West-Berlin spielte eine zentrale Rolle. Die Gebäude und Einrichtungen der Humboldt-Universität waren teilweise nur wenige Schritte von der offenen Sektorengrenze entfernt. Viele Studenten und Lehrkräfte überquerten diese Linie zwischen den Welten täglich mehrmals, sei es, daß sie in West-Berlin wohnten, dort die kulturellen Einrichtungen und Bibliotheken nutzten oder Freunde und Verwandte besuchten. Vor allem aber existierten in West-Berlin mit der Freien Universität, der Technischen Hochschule, der Hochschule für Politik und der Hochschule der Künste große und lebendige Bildungsreinrichtungen mit beträchtlicher Ausstrahlung. Zudem stammte ein hoher Prozentsatz der Studenten aus der DDR oder Ost-Berlin oder war sogar dort noch polizeilich gemeldet. Das Informations- und Meinungsmonopol der SED war in der geteilten Stadt praktisch nicht durchsetzbar. Selbst die Staatssicherheit mußte in Berlin zurückhaltender operieren, da sich jeder Verdächtige faktisch unkontrolliert in die Westsektoren absetzen konnte.

Auch sonst war die Lage an der Humboldt-Universität für die SED in vieler Hinsicht unübersichtlich. Die Einrichtungen der Humboldt-Universität verteilten sich über das gesamte Stadtgebiet von Ost-Berlin. Eine Reihe von Forschungsinstituten hatte ihren Sitz am Stadtrand. Zudem war die Humboldt-Universität auf komplizierte Weise mit den Arbeitsstellen der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW) und dem Hufeland-Krankenhaus in Berlin-Buch verflochten. Mehrere Berliner Ordinarien waren gleichzeitig Arbeitsstellenleiter in der Akademie und hatten sich dort kleine Refugien errichtet, die dem Zugriff der Universitätsbürokratie entzogen waren. Diese Faktoren erschwerten die Durchsetzung der von der SED erstrebten strikten Befehlsstruktur. Die

8 BStU, MfS, Richtlinie 1/56 vom 3.11.1956, Bl. 9; das gesamte Dokument ist bereits ausführlich behandelt in: Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. München 1993, S. 268 ff. Es ist vollständig abgedruckt bei Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Niederschlagung der Opposition an der veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957. 2. Aufl., Berlin 1997 (Schriftenreihe des Landesbeauftragten von Berlin für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR; 6), S. 39 ff.

9 BStU, MfS, Richtlinie 1/56 vom 3.11.1956, Bl. 4.

10 Die folgenden Angaben über die Humboldt-Universität nach: Vorlage an das Büro der Bezirksleitung der SED Groß-Berlin vom 17.12.1956, Bl. 1, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/904-494.

Partei hatte in Berlin weit größere Schwierigkeiten, ihre politische Vorherrschaft in allen Einrichtungen zu etablieren als in den anderen Universitäten der DDR.

An der Spitze der SED-Organisation stand die Universitätsparteileitung (UPL). Sie war der SED-Kreisleitung Berlin-Mitte, diese wiederum der SED-Bezirksleitung von Groß-Berlin unterstellt. Verantwortlich im ZK der SED war die Abteilung Wissenschaft und Propaganda, die von dem Sekretär des ZK, Prof. Kurt Hager, geleitet wurde. Diese dreifache Unterstellung erwies sich während der Ereignisse des Jahres 1956 als ineffektiv, so daß im Februar 1957 der Bereich Humboldt-Universität eine eigene SED-Kreisleitung erhielt, die direkt der ZK-Abteilung Wissenschaft und Propaganda unterstellt war.¹¹ Schon vor 1956 bildeten einige Großbetriebe wie Leuna und Buna selbständige nichtterritoriale Struktureinheiten, das gleiche galt für die AG Wismut. Die Universitätsparteileitung hatte im Jahre 1956 insgesamt 22 Mitglieder, darunter drei hauptamtliche Sekretäre, einen hauptamtlichen Instruktur und drei hauptamtliche Sekretäre der großen Fakultäten. Zur SED-Organisation der Humboldt-Universitäten gehörten 34 Grundorganisationen (GO), 201 Parteigruppen (APO) mit insgesamt 2 456 Mitgliedern. Von den 339 Professoren waren 149 Mitglieder der SED. Es gab hier jedoch eine mehr als deutliche Disparität. Die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (ABF) und die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät waren die Hochburgen der SED. Auch bei den Philosophen, Juristen und Pädagogen existierte ein starkes Übergewicht der SED. Dagegen gab es an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät von den 136 Professoren und Dozenten nur 24 SED-Mitglieder. Hinzu kam ein schwer greifbares, dennoch aber wohl deutliches Mißverhältnis zwischen der wissenschaftlichen Leistung vieler durch die Partei protegierter Studenten und Wissenschaftler und deren Dominanz in Ämtern und Gremien. Es war für viele Zeitgenossen ausgemachte Sache, daß es vor allem die wissenschaftlichen „Leichtgewichte“ waren, die auf eine Karriere im Dienste der Partei setzten. Ein SED-Bericht kleidet diesen Umstand in die beschönigende Worte: „Viele Genossen Dozenten und Professoren haben keine fundierte fachliche Entwicklung durchmachen können und müssen deswegen an sich selber viel arbeiten, um von den bürgerlichen Wissenschaftlern nicht verdrängt zu werden.“¹²

Eine Grundorganisation hatte 120 bis 180 Mitglieder, sie wurde normalerweise auf Fakultäts- oder Institutsebene gebildet. Die Studenten, die Mitglieder der SED waren, bildeten die Parteiorganisation gemeinsam mit Assistenten, Dozenten und Professoren. Dieses „basisdemokratische“ Relikt wurde später beseitigt, und Lehrkörper sowie Studenten bildeten jeweils eigene Parteigruppen.

Auch die räumliche Struktur der Universität brachte – wie erwähnt – besondere Schwierigkeiten mit sich. Im Verantwortungsbereich der Universitätsparteileitung lagen neben den im Stadtgebiet verteilten Universitätsgebäuden und der Charité das Naturkundemuseum, die Universitätsbibliothek, das Studentenwohnheim in Biesdorf mit über 1 500 Studenten sowie die Wohnheime in Pankow und Köpenick.

Als problematisch wurde es von den SED-Instanzen angesehen, daß viele Angehörige des Lehrkörpers damals noch in West-Berlin lebten. Insgesamt 87 Angehörige des Medizinischen Bereichs waren West-Berliner, darunter befanden sich mehrere bekannte wissenschaftliche Koryphäen, mit denen man schwerlich so umspringen konnte, wie

11 Vorlage der Abteilung Propaganda/Agitation des ZK der SED an das Büro der Bezirksleitung der SED von Groß-Berlin vom 12.2.1957 über Veränderungen im organisatorischen Aufbau der Parteiorganisation der Humboldt-Universität, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/904-494.

12 Analyse der SED-Parteileitung der Humboldt-Universität Berlin über die politische Lage an der Humboldt-Universität vom 11.1.1957, Bl. 4, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/904-494.

mit den Nachwuchskadern der FDJ. Die ideologischen Kampagnen erreichten die Fluchtburgen der Wissenschaft oftmals überhaupt nicht, zumal es im Lehrkörper des gleichen Bereichs nur 39 SED-Mitglieder gab. An den 23 Instituten der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät gab es an zehn Instituten kein einziges SED-Mitglied im Lehrkörper. Von den 31 Instituten der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät gab es im Lehrkörper von achtzehn Instituten kein SED-Mitglied.

Eine interne Analyse der SED-Parteileitung der Humboldt-Universität beschreibt die Haltung der Professorenschaft gegenüber der Staatsordnung der DDR: „Nach unserer Meinung gibt es im Lehrkörper drei Gruppen: Die erste, die gegen unserer Arbeiter- und Bauern-Macht ist, aber nicht offen gegen uns auftritt, weil sie sich darüber im klaren ist, daß wir die Staatsmacht haben. Die zweite Gruppe, die umfaßt den größten Teil des Lehrkörpers, strebt, ohne subjektiv feindlich eingestellt zu sein, eine Liberalisierung an. Die dritte Gruppe steht auf unserer Seite, weicht aber gegenwärtig unter dem Druck der Mehrheit des Lehrkörpers zurück. [...] Die Situation unter den mittleren wissenschaftlichen Kadern sieht ähnlich aus. Gerade deswegen ist es von besonderer Bedeutung, dem Lehrkörper die Festigkeit in der Politik von Partei und Regierung zu demonstrieren und ihnen prinzipiell klar zu machen, daß es keine Konzessionen an die bürgerliche Demokratie gibt.“¹³

„Überwindung des Personenkults“ in der DDR

Im Februar 1956 wurde während des XX. Parteitages der KPdSU in Moskau das Monument J.W. Stalins vom Sockel gestürzt. Der genaue Text von Chruschtschows „Geheimrede“ wurde erst im Juni 1956 bekannt; es war aber klar, daß sich eine radikale Wendung vollzogen hatte, deren Bedeutung für die Kommunisten in aller Welt allein vor dem Hintergrund der bis dahin betriebenen maßlosen Verherrlichung Stalins verständlich wird.

Für die SED-Führung kam die durch den XX. Parteitag der KPdSU heraufbeschworene Situation offenbar vollkommen überraschend, und sie befand sich in der Tat in einer komplizierten Lage. Walter Ulbricht, der sich bis Anfang 1956 gern den „besten Schüler Stalins“ nennen ließ, mußte die Vaterfigur der SED auf Geheiß der Sowjetunion nun öffentlich verdammen. Es war also ein radikaler Kurswechsel zu vollziehen, der aber an der Parteilinie nichts ändern sollte. Am liebsten wäre es Walter Ulbricht wohl gewesen, stillschweigend auf die Stalin-Verherrlichung der letzten Jahre zu verzichten und ansonsten das durch Stalin geprägte System unangetastet zu lassen. Doch es war klar, daß dies nicht so einfach gehen würde.

Vor allem war die Ulbricht-Führung durch die Erfahrungen des Juni 1953 gewarnt. Die überraschende Verkündung des Neuen Kurses am 11. Juni 1953 hatte damals zu einem rasanten Autoritätsverlust und zu jener fundamentalen Verunsicherung des eigenen Apparates geführt, der die Massenrebellion erst möglich gemacht hatte. Die Selbstkritik der Parteiführung und die Ankündigung von tiefgreifenden politischen Änderungen waren von der Bevölkerung keineswegs mit Begeisterung aufgenommen, sondern für ein Zeichen der Schwäche angesehen worden. Im Frühjahr 1956 ging die SED-Führung die Sache vorsichtiger an. Vor allem aber vermied sie den zentralen Fehler von 1953, in das offene Pulverfaß allgemeiner Unzufriedenheit und Verunsicherung noch jenen sprichwörtlichen Funken zu werfen, der die Situation damals hatte

13 Ebd.

explodieren lassen. Der Starrsinn in der Normenfrage hatte am 16. Juni 1953 jenen legendären Zug der Berliner Bauarbeiter zum Regierungssitz ausgelöst, der mit dem Aufruf zum Generalstreik endete.

Am 29. Februar 1956 nahm das Politbüro der SED den Bericht der Gastdelegation entgegen, die während des Parteitages der KPdSU in Moskau geweilt hatte und über die Rede Chruschtschows informiert worden war.¹⁴ Karl Schirdewan referierte auf der Basis seiner Notizen den Inhalt der Geheimrede, und das Gremium beschloß, „über den Parteitag einen richtungsweisenden Artikel zu veröffentlichen“.¹⁵ Dieser Artikel erschien am 4. März 1956 im *Neuen Deutschland*. Er trug den wenig Spannung verheißenden Titel „Über den XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ und war von Walter Ulbricht unterzeichnet. In breiter Ausführlichkeit ging Ulbricht auf die neuen Thesen des Parteitages über den friedlichen Weg zum Sozialismus, über die Möglichkeit, einen Atomkrieg zu vermeiden, und die friedliche Koexistenz ein. Er brachte es sogar fertig, die DDR als ein Musterbeispiel für den friedlichen Übergang zum Sozialismus zu präsentieren. Den werktätigen Massen in Westdeutschland empfahl er diesen Weg als Vorbild. Erst ganz zum Schluß seiner Ausführungen kam Ulbricht eher beiläufig zum Problem des „Persönlichkeitskultes“ – wie es in Anlehnung an eine Formulierung von Karl Marx statt „Personenkult“ zunächst noch hieß. Ulbricht schrieb dazu: „Im Rechenschaftsbericht des ZK wurde erklärt, daß früher häufig gegen die Leninschen Normen des Parteilebens verstoßen wurde. Erstrangige Bedeutung haben die Wiederherstellung und gründliche Verankerung des Leninschen Prinzips der Kollektivität der Leitung. Das Zentralkomitee nahm den Kampf auf gegen den Persönlichkeitskult, der dem Geiste des Marxismus-Leninismus fremd ist. Offenkundig meint Genosse N.S. Chruschtschow damit auch solche Selbstbeweihräucherungen und Entstellungen der Parteigeschichte, wie sie in der Stalin-Biographie zu lesen sind.“¹⁶

Ein Problem war dennoch offen. Stalins schnauzbärtiges Profil war auf allen Titeln der Schriften der Klassiker des Marxismus-Leninismus in einer Reihe mit Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Lenin abgebildet. Seine Werke waren kanonisiert und standen jenseits aller Relativierung oder gar Kritik. Wie vertrug sich das mit den abwertenden Bemerkungen von Anastas Mikojan über Stalins Werk *Ökonomische Probleme des Sozialismus*? Ulbricht ging dieser Frage nicht aus dem Weg und prägte den später häufig zitierten Satz: „Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen.“¹⁷

Die Frage war nur, ob sich die DDR-Bevölkerung und die Parteibasis mit solchen abwiegelnden Erklärungen zufriedengeben würden. Ein Bericht der Staatssicherheit vom 6. März 1956 berichtete über die „Stimmungen zur Veröffentlichung des Genossen Walter Ulbricht über den XX. Parteitag“. Darin heißt es einleitend: „Übereinstimmend wird berichtet, daß in allen Bevölkerungsschichten starke Diskussionen über die Erklärung Walter Ulbrichts geführt werden. Sie beschränken sich jedoch ausnahmslos auf die Frage ‚Stalin‘.“ Bereits dieser Eingangssatz belegt zum einen, daß Ulbrichts Rechnung nicht aufging, zum anderen zeigt er, daß die in der Geschichtsschreibung verbreitete Ansicht, die Diskussionen um Stalin hätte allein Intellektuelle und Studenten bewegt, revisionsbedürftig ist. Weiter heißt es in dem MfS-Bericht: „Zum über-

14 Wollé, Stefan: Die SED im Krisenjahr 1956. 1. Teil: Götterdämmerung im Kreml. In: Horch und Guck, H. 1/2006, S. 7 ff.

15 Mitter/Wollé: Untergang, S. 193.

16 Neues Deutschland v. 4.3.1956.

17 Ebd.

großen Teil kommen in den Diskussionen Unklarheiten und Nichtverstehen zum Ausdruck. Sie befassen sich mit der Frage: Klassiker oder nicht, Personenkult, Verdienste Stalins, [...] Prinzip der kollektiven Leitung und dem Nichtverstehen der ‚heutigen‘ Politik überhaupt. Die Mitglieder der SED diskutierten besonders zahlreich, sind aber den gleichen Unklarheiten unterworfen. Die Hauptargumente sind: Warum wird die Kritik des ZK an Stalin erst nach dessen Tod geübt?¹⁸

Ein deutliches Gefahrensignal dürfte ein am 14. März 1956 gemeldeter Vorfall gewesen sein, der sich bereits am 5. März, also einen Tag nach der Veröffentlichung von Ulbrichts *ND*-Artikel, abgespielt hatte. Einigen Medizin-Studenten der Greifswalder Universität gelang es während der obligatorischen Marxismus-Vorlesung, den Dozenten lächerlich zu machen. Sie stellten ihm die Frage, ob Stalin ein Klassiker des Marxismus-Leninismus sei. Der Dozent begann in Unkenntnis des Kurswechsels die Bedeutung Stalins als Klassiker ausführlich zu erläutern, bis ihn Gelächter und ironischer Beifall unterbrachen. Die Studenten zogen das Zentralorgan aus der Tasche und konfrontierten den hilflosen Dozenten mit der Mitteilung Ulbrichts, daß Stalin kein Klassiker mehr sei. Den Hütern ewiger Wahrheiten die Vergänglichkeit ihrer Dogmen unter die Nase zu reiben war in jenen Jahren durchaus ungebräuchlich und sprach für die beginnende allgemeine Verunsicherung.

Die SED befand sich offensichtlich unter Zugzwang. Am 19. März 1956 schickte Walter Ulbricht ein aufgeregtes Telegramm nach Moskau. In dem deutschsprachigen Textentwurf heißt es: „Wir erhielten am 17. März Kenntnis von den Veröffentlichungen der Londoner Presse über die geschlossene Sitzung des XX. Parteitages. Das wurde am selben Tag teilweise von der Berliner Nachmittagspresse abgedruckt. Wir mußten damit rechnen, daß der Gegner seine Kampagne im Rundfunk auf Grund der Londoner Veröffentlichungen noch weiter steigert. Aus diesem Grunde vereinbarten die Mitglieder des Politbüros der SED, die an der Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz teilnehmen, daß ich in einer Diskussionsrede zu Fragen, die in der Partei eine große Rolle spielen und vor allen Dingen J.W. Stalin betreffen, Stellung nehme. Es wurde dann festgelegt, daß diese Diskussionsrede sofort veröffentlicht werden soll. Es ist uns nicht angenehm, daß wir zu Fragen der KPdSU öffentlich Stellung nehmen, bevor das in der *Prawda* geschehen ist. Es blieb uns jedoch in dieser Situation kein anderer Weg.“¹⁹

Wenn es Ulbrichts Absicht gewesen war, die Lage zu beruhigen, so war ihm das gründlich mißlungen. Seine zynische Kaltschnäuzigkeit goß im Gegenteil kräftig Öl ins Feuer. „Wir verstehen“, meinte Ulbricht, „daß es eine große Anzahl junger Genossen bei uns gibt, die nach 1945 in die Arbeiterbewegung gekommen sind, die nicht wie wir mehr als 45 Jahre Parteikampf und innerparteilichen Kampf mitgemacht haben, sondern die im Parteilehrjahr bestimmte Dogmen auswendig gelernt haben und nun erleben, daß einige Dogmen nicht mehr zum Leben passen. Aber jetzt sagen sie nicht etwa, der Dogmatismus ist nicht richtig, sondern da stimmt etwas im Leben nicht.“²⁰ Das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle „Heiterkeit“. Ulbricht, der wie kein anderer die Lehren Stalins wiedergekaut hatte, machte nun seine Späßchen über jene jungen Leute, die dies ernst genommen hatten. Die Delegierten lachten beflissen über die Witze ihres Chefs. „Die jungen Genossen sind zum großen Teil so geschult, daß sie bestimmte Dogmen gut auswendig gelernt haben. Sie wissen über die Biographie des Genossen Stalin mehr und Genaueres als das ganze Politbüro. Sie kennen die Zahlen

18 Informationsbericht vom 6.3.1956, BStU, MfS, Allg. S. 89/56.

19 BArch-SAPMO, J IV 2/202/315.

20 Neues Deutschland v. 18.3.1956.

und alles auswendig (Heiterkeit). Aber wenn man sie jetzt fragt: Wie verhalten wir uns in den Fragen der sozialistischen Ökonomik, da liegen sie glatt auf dem Kreuz (Erneute Heiterkeit!) [...] Neulich hat ein Genosse die Frage gestellt: Was ist eine Idee? Er hat gesagt: Ein Idee ist eine Verbindung von zwei Zitaten. (Große Heiterkeit!).²¹ So viel gelacht wurde selten auf einer Funktionärstagung der SED.

Doch viele Menschen, auch SED-Mitglieder, fanden die zynischen Witzchen Walter Ulbrichts überhaupt nicht lustig. „Nach den Veröffentlichungen des Berichtes des Genossen Walter Ulbricht über den XX. Parteitag“, hieß es in einem Stimmungsbericht des MfS vom 19. April 1956, „nach seinen Antworten auf Fragen der Berliner Bezirkskonferenz, [...] werden in stärkerem Maße Diskussionen bekannt, die eine offene Hetze gegen den Genossen Walter Ulbricht beinhalten. Derartige Diskussionen wurden bekannt unter Angestellten, Angehörigen der Intelligenz, Studenten, Arbeitern, Werkträgern und Genossenschaftsbauern sowie selbständigen Geschäftsleuten. Dabei ist zu verzeichnen, daß ein großer Teil dieser Personen Mitglieder der SED sind.“²²

Am 24. März 1956 versammelte sich in der Werner-Seelenbinder-Halle im Ostberliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg die 3. Parteikonferenz der SED. Während dieser Veranstaltung trug Karl Schirdewan in einer geschlossenen Sitzung eine redigierte und gekürzte Fassung seiner Moskauer Mitschriften vor. Mit Schirdewan schien sich eine personelle Alternative zu Ulbricht abzuzeichnen. Wieder schien der verhaßte SED-Führer, auf dessen politische Zukunft schon im Juni 1953 niemand mehr eine Wette abgeschlossen hätte, auch von der Moskauer Führung zur Disposition gestellt zu werden. Das MfS richtete nun eine spezielle Berichtsform ein. Die Berichte trugen den Titel „Hetze gegen den Genossen Walter Ulbricht“ und wurden fast täglich verfertigt. Am 25. April wurde ein Genosse mit den Worten zitiert: „Uns hat man zehn Jahre den Stalinismus eingeflößt und auf einmal stellt man fest, daß er kein Klassiker ist.“²³

Die Ost-Berliner Studenten Anfang 1956

Am 24. Februar 1956, also just an jenem Tage, an dem im fernen Moskau überraschenderweise die Delegierten des XX. Parteitages der KPdSU zu einer außerordentlichen geschlossenen Sitzung zusammengerufen wurden, lieferte Dieter Klein von der SED-Parteileitung der Humboldt-Universität einen vierseitigen Informationsbericht an die Bezirksleitung der SED ab. Der Vertreter der SED-Parteileitung zeigte sich sehr unzufrieden mit der Grundtendenz der aktuell-politischen Diskussionen unter den Studenten. Statt über den Kampf der westdeutschen Kumpel in der Westfalen-Hütte – es gab im Februar 1956 dort einen Streik, über den die SED-Presse ausführlich berichtete – zu diskutieren, redeten alle über die Schaffung der Nationalen Volksarmee in der DDR und ließen dabei die gebotene Begeisterung vermissen; „die Frage [...] wurde [...] häufig technisch-organisatorisch und nicht politisch angepackt“. Schlimmer noch: „Selbst Fragen wie der 6-Jahr-Plan, an dem überzeugt die Perspektiven des Sozialismus gezeigt werden könnten, wurden vielfach kleinlich, teilweise pessimistisch behandelt. [...] Die Leitungen trugen völlig ungenügend die Diskussion vom Standpunkt der großen Erfolge des Friedenskampfes, der grandiosen Perspektiven des 6-Jahr-Planes, des Zerfalls des Kolonialsystems, der Erfolge der Friedensbewegung in Westdeutschland und der Erfolge in der DDR in die Masse der Studenten hinein, und sie ta-

21 Ebd.

22 Informationsbericht vom 19.4.1956, BStU, MfS, Allg. S. 89/59.

23 Informationsbericht vom 25.4.1956, BStU, MfS, Allg. S. 89/59.

ten das schon gar nicht, indem sie den Studenten die Perspektive des Aufbaus des Sozialismus in der DDR etwa anhand der Entwicklungsmöglichkeiten ihres eigenen Fachgebietes zeigten.²⁴ Auch die damals verkündete obligatorische militärische Ausbildung der Studenten, welche die bis dahin formal freiwillige Ausbildung im Rahmen der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) ersetzen sollte, erregte weitverbreiteten Unwillen.

Dieser Stimmungsbericht vom 24. Februar 1956 ist insofern interessant, weil er wenigstens im Kern alle Probleme enthält, um die sich im Oktober und November 1956 die Diskussionen ranken sollten.

Ein Herd solcher „nörglerischer und rückwärtsgerichteten“ Diskussionen war schon Anfang 1956 die Veterinärmedizinische Fakultät der Humboldt-Universität. Um die tierärztliche Fakultät mit Kampfgeist zu erfüllen, wurden von der Partei erzieherische Maßnahmen angeregt, so zum Beispiel, die „Organisierung wissenschaftlicher Kolloquien über solche Fragen der Veterinärmedizin, in denen erkenntnistheoretische Probleme und Entscheidungen für oder gegen den Sozialismus enthalten sind“.²⁵ Daß es gerade diese Art von ideologischer Dauerberieselung auf Kosten des Fachstudiums war, die bei den Studenten Widerwillen erregte, wollte den SED-Funktionären nicht in den Kopf.

In den folgenden Tagen verbreiteten sich auch an der Humboldt-Universität die zunächst noch vagen Nachrichten über den XX. Parteitag. Am 2. März 1956 berichtete die SED-Parteileitung der Humboldt-Universität an die SED-Bezirksleitung Groß-Berlin: „An der ganzen Universität gibt es eine breite Diskussion über die Referate des XX. Parteitages der KPdSU. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Rede Mikojans und die Rolle Stalins. Durch die Maßnahmen der Universitätsparteileitung wurden aber diese Fragen zurückgedrängt und die gewaltige Bedeutung des XX. Parteitages in den Vordergrund gerückt.“ An der Spitze der erwünschten Diskussionsthemen sollten die „großartigen Perspektiven des Friedenskampfes und die Möglichkeiten der Verhinderung von Kriegen“ stehen.²⁶

Dabei warfen die schweren emotionalen Brüche ihre Schatten voraus: „Eine Genossin an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät brach z.B. nach dem Studium der Rede Mikojans in Tränen aus und sagte: ‚Ich lasse nicht von Stalin!‘“²⁷ In der Zusammenfassung der Einzelvorkommnisse heißt es: „In der Diskussion gab es zwei Extreme. Einerseits empfanden Genossen Sympathiekundgebungen für Stalin als notwendig und andererseits gab es, wenn auch wesentlich geringer, Absichten der ‚Bilderstürmerei‘. [...] Bei allen Diskussionen kämpfen die meisten Genossen des Parteiaktivs um die Verbreitung der richtigen Orientierung.“²⁸

Was aber war die richtige Orientierung? Diese Frage spitzte sich nach den Artikeln von Walter Ulbricht im *Neuen Deutschland* zu. „Die Frage[n] um Stalin sind verknüpft mit einer breiten Diskussion über die Artikel des Genossen Ulbricht“, heißt es in einem Bericht vom 21. März 1956, „Genosse Ulbricht hat die Frage zu kurz und

24 Informationsbericht von Dieter Klein (SED-Parteileitung der Humboldt-Universität Berlin) an die SED-Bezirksleitung Groß-Berlin vom 24.2.1956, Bl. 1, LA Berlin, C Rep. 903-01-12, Nr. 52.

25 Ebd., Bl. 3.

26 Informationsbericht der SED-Parteileitung der Humboldt-Universität an die SED-Bezirksleitung von Groß-Berlin vom 2.3.1956, Bl. 1, LA Berlin, C Rep. 903-01-12, Nr. 52.

27 Ebd., Bl. 2.

28 Ebd.

kalt abgetan. [...] Walter Ulbricht schreibt ja schärfer als der XX. Parteitag sich ausdrückt. [...] Er fällt von einem Extrem in das andere. Wie kann man mit einem Satz oder Abschnitt die Frage ob Klassiker oder nicht beantworten wollen? Gegen diese Diskussionen tritt die Parteiorganisation auf. Aber sie [sind] nicht nur unter den Parteilosen, sondern auch unter den Genossen weit verbreitet.“²⁹ Damit war der ideologische zum politischen Sündenfall geworden. Eine von der Führung abweichende Meinung innerhalb der Partei, mit anderen Worten eine Fraktionsbildung – das war die Todsünde des „demokratischen Zentralismus“.

Am 27. April 1956 erschien der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, in der Humboldt-Universität und stellte sich den Fragen der Studenten. Im Unterschied zu Walter Ulbricht verstand es der ehemalige Sozialdemokrat, einen Teil des offenbar kritischen oder sogar ablehnenden Publikums auf seine Seite zu ziehen. „Ich bin [...] eigentlich hierher gekommen“, eröffnete Grotewohl seine Ausführungen, „weil ich über Euch nichts Gutes gehört habe. Man hat mir erzählt, diese Studenten an der Humboldt-Universität, das sind solche Kritiker, und sie sind mit nichts zufrieden und sie kämpfen und wühlen Probleme usw. Da habe ich gesagt, das wäre eine schlechte Jugend, die keine Probleme hätte.“³⁰ Das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle Beifall. Grotewohl sprach frei, und er fand eine menschliche Sprache. Das war ungewöhnlich für jene Zeit. Dennoch wich er in keinem Punkt von der offiziellen Linie der Partei ab. Den Terror der Stalin-Zeit versuchte er historisch zu entschuldigen, den Personenkult bagatellierte er mit einem Hauch von Selbstironie, die Frage nach einer angeblichen Geheimrede von Chruschtschow auf dem XX. Parteitag verneinte er glatt, obwohl er selbst acht Wochen zuvor eben diese Geheimrede handschriftlich aufgezeichnet und zunächst im Zentralkomitee, später auf der 3. Parteikonferenz die Delegierten davon unterrichtet hatte.

Protestversammlungen der Berliner Studenten

Es folgte ein unruhiger Sommer. In Poznań erhoben sich die Arbeiter gegen die kommunistische Herrschaft. Die Geheimrede Chruschtschows wurde in aller Welt veröffentlicht, so auch in westdeutschen Tageszeitungen, die sich wenigstens in Ost-Berlin jeder besorgen konnte. Im Kultur- und Wissenschaftsbereich begannen vorsichtige Lockerungsübungen. Selbst die Partei schrieb sich nun den Kampf gegen den Dogmatismus auf ihre Fahnen. Die Funktionäre der Partei, die immer recht gehabt hatte, sollten nun Fehler eingestehen und Selbstkritik üben. Von diesem Ritual war natürlich der Hauptverantwortliche für den Stalin-Kult, der Erste Sekretär der SED, Walter Ulbricht, ausgenommen. Der Widerwille gegen die Person Ulbricht reichte demzufolge bis weit in die Reihen der Partei und ihrer Funktionäre hinein. In Moskau, so wurde gemunkelt, würde man Ulbricht bald fallenlassen und an seiner Stelle Karl Schirdewan als neuen führenden Mann installieren. Währenddessen taten sich in Polen und Ungarn erstaunliche Dinge. Am 21. Oktober 1956 wählte das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) gegen den erklärten Willen der anwesenden Delegation der sowjetischen Bruderpartei, Władysław Gomułka zum neuen Ersten Sekretär. Die sowjetische Delegation unter der Leitung von Chruschtschow reiste beleidigt

29 Informationsbericht der SED-Parteileitung der Humboldt-Universität an die SED-Bezirksleitung von Groß-Berlin vom 21.3.1956, Bl. 1, LA Berlin, C Rep. 903-01-12, Nr. 52.

30 Forum der jungen Studenten mit unserem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 27.4.1956, Bl. 1, LA Berlin, C Rep. 903-01-12, Nr. 52.

ab. Währenddessen begann in Ungarn am 23. Oktober 1956 mit Solidaritätskundgebungen für Polen der Volksaufstand gegen die kommunistische Herrschaft.

Auch in der DDR registrierten alle Beobachter erhebliche Spannungen. Westliche Rundfunksender meldeten Arbeiterstreiks in den Dimitroff-Werken in Magdeburg. Die DDR-Presse bezeichnete diese Meldungen als Verleumdung. Doch nach der Öffnung der Archive im Jahre 1990 bestätigten sich diese Nachrichten.³¹ Im Lande ging das Gespenst eines neuen „17. Juni“ um.

Parallel zur steigenden Fieberkurve der Ereignisse begann auch an der Humboldt-Universität die Unruhe zu wachsen. Am 30. Oktober 1956 meldete das Mitglied der SED-Fakultätsleitung der Mediziner, Wolfgang Thiele, das am Sonnabend, also am 27. Oktober 1956, im dritten Studienjahr Unterschriften gegen den obligatorischen Russisch-Unterricht gesammelt worden seien.³² Am Montag, dem 29. Oktober 1956 „ging es auch im 2. Studienjahr an. Hier werden Unterschriften gesammelt für Abschaffung des Russisch- und gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums. Russisch und andere Fremdsprachen sollen fakultativ durchgeführt werden. Begründung dafür sind Zeitschwierigkeiten. Außerdem steht noch unter diesen Listen, daß sie damit keine politische Demonstration wollen, daß sich diese Unterschriftensammlung nicht gegen die Arbeiter- und Bauernmacht richtet, teilweise steht noch auf den Listen, daß es sich um keine antisowjetische Handlung handelt.“³³ Diese von der Vorsicht diktierten Schutzbehauptungen waren mehr als durchsichtig, zumal jeder wußte, daß der ungarische Volksaufstand genau mit diesen Forderungen der Studenten eingeleitet wurde. Offenbar begannen alle Dämme zu brechen. „Die Listen“, meldete Thiele, „werden von einem Studienjahr ins andere getragen. Sie werden auch sehr oft zwischen den Vorlesungen von den FDJ-Gruppenleitern geschrieben. Die Genossen meinen, daß diejenigen, die die Listen herumreichen, nicht die Organisatoren sind. Abgesehen von 2-3 Seminaren im 2. Studienjahr sieht es wie geschildert aus. Morgen sollen die Listen zur FDJ-Fakultätsleitung gebracht werden. Bis jetzt haben zwischen 70 % und 90 % aller Studenten des 2. Studienjahres diese Listen unterschrieben.“³⁴

Am 3. November 1956 fand im Hörsaal der Anatomie der Veterinärmedizinischen Fakultät eine Vollversammlung der Studentenschaft der Fakultät statt, die einen turbulenten und ungewöhnlichen Verlauf nehmen sollte. In einem Bericht, der sich zwar innerhalb der Überlieferung der Bezirksleitung der SED von Berlin findet, der Wortwahl zufolge aber nicht aus Parteikreisen stammt, heißt es: „Es hat uns jedoch mit Befremden erfüllt, daß von seiten der Staatsorgane und von Vertretern der SED der Versuch unternommen wurde, die Versammlung zu verhindern und aufzulösen. Gleichzeitig protestieren wir gegen die Anwesenheit fakultätsfremder Personen, die offensichtlich mit dem Zweck erschienen waren, den ordnungsgemäßen Verlauf der Versammlung infrage zu stellen. Der Ablauf der Versammlung hat bewiesen, daß die Studentenschaft der Fakultät durchaus in der Lage ist, diszipliniert und sachlich zu Problemen der Studentenschaft zu sprechen, daß wir für die Zukunft ausdrücklich fordern, von derartigen Maßnahmen abzusehen.“ Dann wurden die Forderungen der Studenten wiedergegeben:

31 Vgl. Wolle: MfS und die Arbeiterproteste.

32 Information von Wolfgang Thiele (SED-Fakultätsleitung der Medizinischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin) an SED-Bezirksleitung Groß-Berlin vom 30.10.1956, Bl. 1, LA Berlin, C Rep. 903-01-12, Nr. 52.

33 Ebd.

34 Ebd.

- „1. Einführung eines fakultativen Russisch-Unterrichts mit fakultativer Prüfung.
2. Abschaffung des obligatorischen gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums und Einführung einer fakultativen Vorlesung über Philosophie aller humanistischen Weltanschauungen.
3. Ermöglichung eines erweiterten Studentenaustauschs innerhalb Gesamtdeutschlands und des gesamten Auslandes sowie eines ungehinderten Reiseverkehrs jedes einzelnen Studenten in die Länder der Volksdemokratien, der SU und nicht zuletzt in das westliche Ausland.
4. Rückgabe des Hauptgebäudes der Veterinärmedizin (jetziges Außenministerium) im Interesse der Beseitigung der unhaltbaren räumlichen Zustände, die durch die Immatrikulation einer die Kapazität übersteigenden Studentenzahl hervorgerufen wurde. Eine Forderung, die seit Jahren Professoren und Studenten stellen. Damit würde die Frage des Mensaproblems sowie die eines ausreichenden Leseraums gelöst.
5. Verbesserung der Beschaffung von Fachliteratur westlicher Verlage.“³⁵

Es folgt die der Vorsicht geschuldete Klausel, daß die „oben genannten Forderungen bereits seit langer Zeit diskutiert werden und in keiner Weise auf etwaige politische Machenschaften zurückzuführen sind“, schließlich die Aufforderung an die Universitätsleitung, bis zum 10. November 1956 diese Forderung zu erfüllen, sowie die Ankündigung, daß am 14. November 1956 eine Vollversammlung der Fakultät stattfinden würde, auf der die Studentenschaft über diese Beschlüsse informiert würde.

Im Anschluß an die Diskussion wurde von den Anwesenden ein zehnköpfiges Gremium gewählt, das sich selbst Studentenrat nannte.

So harmlos die fünf Forderungen aus heutiger Perspektive erscheinen, so politisch brisant waren sie im Herbst 1956 vor dem Hintergrund der weltpolitischen Ereignisse. Hinzu kam, daß offenbar ein erheblicher Teil der Professoren und sogar der Dekan der Fakultät, Prof. Schützler, die studentischen Forderungen mit heimlichem Wohlwollen betrachteten. Eine auswertende Aktennotiz der SED behauptet sogar, „die von gegnerischen Kräften am 3.11.1956 organisierte Studentenversammlung fand und findet die ungeteilte Zustimmung durch den Lehrkörper der Fakultät.“ Besonders Schützler geriet ins Fadenkreuz der Partei. „Das Auftreten des Dekans, Prof. Dr. Schützler, im Senat, im Fakultätsrat, im wissenschaftlichen Beirat und vor Studenten läuft darauf hinaus, die Studenten – und besonders die reaktionären Anführer – in ihrer gegen unseren Staat gerichteten Haltung zu unterstützen. Seine Taktik ist, die Ereignisse zu verkleinern, zu bagatellisieren und jeden politischen Inhalt zu bestreiten.“ Der Berichterstatter ging sogar noch weiter. Seiner Ansicht nach „werden Prof. Schützler und der Fakultätsrat durch das Verhalten des Staatssekretariats für Hochschulwesen in ihrer Haltung gestärkt“.³⁶ Es folgt das gesamte Sündenregister der Studenten der Veterinärmedizin. Dann heißt es noch einmal ausdrücklich: „Die von Genossen des Staatssekretariats für Hochschulwesen geführten Aussprachen mit Prof. Schützler vor und nach der Versammlung vom 3.11.1956 haben in ihrem Ergebnis wenig Erfolg gezeitigt. Das Auftreten Prof. Schützlers hat immer wieder zur Ermutigung der negativen Kräfte bei-

35 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/904-432, Bl. 32; Abschrift in: LA Berlin, C Rep. 903-01-12, Nr. 52, [Vollversammlung der Studentenschaft der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin am 3.11.1956], Bl. 1. Das vollständige Dokument in: Kowalczyk: Niederschlagung, S. 37 f.

36 Aktennotiz betr. Einige Zusammenhänge der Ereignisse an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität, Bl. 1, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/904-494.

getragen.³⁷ Auch die Kritik an den Genossen des Staatssekretariats für Hochschulwesen wird noch einmal zugespitzt. Nach der Fakultätsvollversammlung im Hörsaal der Anatomie wurden einige Studentenvertreter ins Staatssekretariat für Hochschulwesen geladen. An dieser Sitzung hatten mehrere Mitarbeiter des Staatssekretariats teilgenommen, ohne den Forderungen der Studenten Einhalt zu gebieten.³⁸ „Aus dem Protokoll dieser Beiratssitzung“, schreibt der Verfasser der Aktennotiz, „ist nicht zu entnehmen, daß man sich gegen die Art dieser Studentenversammlung, den Ton der Entschließung und die auf Staatsorgane und Partei gemünzten Anspielungen gewandt hätte. Obwohl den Genossen des Staatssekretariats bekannt war, daß es jetzt darauf ankam, die Autorität der FDJ an der Fakultät zu stärken und nicht zuzulassen, daß die Behandlung dieser ultimativen Forderungen zu einer Rechtfertigung des Vorgehens der Studenten wird, hat Gen. Dahlem sein Einverständnis dafür gegeben, daß die Professoren über die Beiratssitzung vor den Studenten berichten können. Damit wurde nichts anderes erreicht, als daß

- a. die FDJ kompromittiert wurde (die Studenten sagten, man habe hier den Beweis, daß es ohne FDJ viel besser gehe, man brauche nur etwas Wind zu machen und schon befassen sich die Instanzen damit);
- b. die von den Studenten aufgestellten Forderungen anerkannt, sogar die ultimativen Termine eingehalten werden;
- c. die sogenannte Studentenvertretung in wenigen Tagen mehr fertig brachte als die FDJ-Leitung in vielen Monaten
- d. die Feststellung des Genossen Wohlgemuth auf der FDJ-Aktivtagung nicht ernst zu nehmen sei, wo er sagte, das Staatssekretariat für Hochschulwesen erkenne als Studentenvertretung nur die FDJ an und werde nicht mit irgendwelchen anderen ‚Studentenvertretern‘ verhandeln (in der Tat wurden die Vorschläge der FDJ beiseite gelassen und die Forderungen der ‚Studentenvertretung‘ behandelt);
- e. die Studenten ermuntert wurden, wie Prof. Schützler in seiner Berichterstattung ausführt, ‚so weiter zu machen‘ – hinter ihnen stünde der Lehrkörper.

Gegenwärtig ist die Situation an der Fakultät so, daß die anfänglichen Erfolge, bei der Isolierung der reaktionären Kräfte und bei der Gewinnung der Masse der Studenten einen Rückschlag erhielten [...] und die Genossen und bewußten FDJ-ler einen außerordentlich schwierigen Stand haben.³⁹

Aus der Perspektive der SED handelte es sich bei dieser Aktennotiz um eine sehr klarsichtige Analyse. Mit der Anerkennung der spontan und frei gewählten Studentenvertretung als Verhandlungspartner der Staatsorgane war das Machtmonopol der SED in Frage gestellt. Damit war ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen, der schnell Schule machen konnte. Für die SED war damit die Machtfrage gestellt.

Am 5. November 1956 um 9 Uhr beschloß die Universitätsparteileitung der SED die Bildung eines Operativstabes mit den Genossen Gericke, Reimann, Palm, Diehl und Klein. Dort sollten alle aktuellen Meldungen aus dem Universitätsbereich einlaufen.⁴⁰ Von Stunde zu Stunde wurden die Nachrichten aus den Fakultäten registriert und

37 Ebd., Bl. 2.

38 Ebd., Bl. 4; genannt werden neben dem Staatssekretär Mammatt die Genossen Wohlgemuth, Dahlem, Müller, Krenkel, Wasselautzki und Kumm.

39 Ebd., Bl. 4 f.

40 Information der SED-Parteileitung der Humboldt-Universität Berlin an die SED-Bezirksleitung von Groß-Berlin vom 5.11.1956, Bl. 1, LA Berlin, C Rep. 903-01-12, Nr. 52.

Maßnahmen getroffen. So entstand ein regelrechter Verlaufsfilm – wie dies im Sprachgebrauch der Polizei genannt wird – über die Vorgänge an der Humboldt-Universität.

Der Verlaufsfilm vom 5. November 1956 bietet ein durchaus differenziertes Bild.

Um 10.30 Uhr verabschiedete eine Versammlung aller vier Studienjahre der Juristen bei einer Gegenstimme eine Resolution gegen die Aggression in Ägypten und erklärte sich mit dem Sozialistischen Ungarn solidarisch. Gleichzeitig wurde die Zustimmung zur Regierungserklärung abgegeben und eine „energische Stellungnahme gegen Unruhestifter an der Uni“ abgegeben. Diese Stellungnahme sollte den Medizinern und Veterinären überbracht werden.

Zur gleichen Zeit wurde von einer Genossin der ABF mitgeteilt, sie hätte erfahren, daß die Germanisten einen Brief mit der Forderung abgeschickt hätten, „Walter Ulbricht solle in Pension gehen“. Ein namentlich genannter Genosse, von dem die Information stamme, sollte hinzugefügt haben, „Alfred Neumann solle man hängen, weil er geäußert habe, wenn die Studenten Meinungsfreiheit fordern, schlagen wir ihnen die Knochen kaputt“⁴¹. Am gleichen Tage noch entkräftete das Mitglied der Parteileitung der Germanisten, Hermann Kant, diese seltsame Denunziation.⁴² Erstens bestand laut Kant lediglich die Absicht, einen Brief an das *Neue Deutschland* zu schreiben, es sei aber bisher nicht geschehen. Zweitens habe er mit dem betreffenden Genossen geredet. Dieser habe gemeint, Nagy, also den Führer der ungarischen Konterrevolution, solle man aufhängen, nicht den SED-Funktionär Alfred Neumann. Ob es sich dabei wirklich um ein Mißverständnis oder aber um eine nachgeschobene Notlüge gehandelt hat, sei dahin gestellt, in jedem Fall illustriert der Vorfall die hysterisch aufgeheizte Stimmung in jenen Tagen.

Verwirrt meldete ein Informant von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, daß an der Wandzeitung dazu aufgerufen wurde, für Ungarn Arbeitsbrigaden zu bilden.⁴³ Ob diese abwegige Idee ein Ergebnis des Übereifers oder eine Provokation darstellte, bleibt unklar.

Gleichzeitig (10.30 Uhr) beschloß die ABF, „ständige Einsatzgruppen“ zu bilden, um überall „Kurzversammlungen“ durchzuführen, „wo zu Ungarn, Ägypten und Lage an der Uni Stellung genommen wird“. Das Ziel sei die Annahme von Resolutionen sowie Geldsammlungen.

Um 11 Uhr wurde gemeldet, daß die Biologen eine FDJ-Versammlung durchführen wollten. Gerechnet wurde mit etwa siebzig Teilnehmern. Der verantwortliche Genosse forderte „50 Mann zur Abschirmung der Versammlung“, zugebilligt wurden ihm schließlich dreißig. Auch zu einer Versammlung der Psychologen sowie der Geologen/Mineralogen wurden treue Genossen abkommandiert, die dort ein Extrablatt der *Jungen Welt* verteilen sollten. Zur Landwirtschaftlichen Fakultät wurde Hans Modrow geschickt, um dort zu agitieren. Verstärkt wurden die Reihen der SED-Parteioorganisation der Humboldt-Universität durch dreihundert Agitatoren der SED-Kreisleitung Berlin-Mitte.

41 Ebd., Bl. 1.

42 Ebd., Bl. 4.

43 Information von Heinz Reinecke (Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität Berlin) an SED-Bezirksleitung Groß-Berlin vom 5.11.1956, Bl. 1, LA Berlin, C Rep. 903-01-12, Nr. 52.

So gingen im Minutenrhythmus die Meldungen ein, und es wurden Gruppen zur Beruhigung der Lage unter der Führung zuverlässiger Junggenossen ausgeschiedet. Am Nachmittag tauchten auf den Toiletten des Hauptgebäudes Flugblätter auf. „Studenten! Ungarn ruft SOS. Unterstützt nicht durch Passivität den Terror der Sowjets. Ruft auf zum europäischen Freiheitskampf.“⁴⁴ Abends kursierten auch in der Landwirtschaftlichen Fakultät Flugblätter, die den Rücktritt Walter Ulbrichts forderten.

Währenddessen trafen aus der Veterinärmedizin Brandmeldungen ein: „Lage wird kritischer, heute früh ging durch sämtliche Studienjahre die Entschließung vom Freitag [2. November 1956]. [...] Gegen Einmischung von VP [Volkspolizei] und SED in ihre Angelegenheiten, 14.11. neue Fakultätsvollversammlung. Obligatorisch Russisch und Gewi [Gesellschaftswissenschaften] weg, stärkerer Studentenaustausch mit Westdeutschland und Ausland, Rückgabe des Außenministeriums. Überall mit starkem Beifall aufgenommen. Scharfe Angriffe gegen Einlaßkontrolle. Die Meinung tritt massiert auf, wird die Einlaßkontrolle nicht bald abgeschafft, bleiben wir alle vor der Tür stehen.“⁴⁵

Gegen 14 Uhr sammelten sich am Brandenburger Tor rund 1 000 Studenten, die jedoch von der Polizei bis 16.40 Uhr in den Westsektor abgedrängt wurden. Währenddessen wurde gemeldet, daß die geplante Versammlung der Biologen abgesagt worden sei, auch in den regulären Lehrveranstaltungen seien kaum noch Teilnehmer. Ein Teil der Studenten hatte sich offenbar auf den Weg nach Schöneberg gemacht. Für 18 Uhr hatten der West-Berliner Senat, die demokratischen Parteien des Abgeordnetenhauses und der DGB auf dem Rudolf-Wilde-Platz vor dem Schöneberger Rathaus zu einer Protestversammlung gegen die sowjetische Intervention in Ungarn aufgerufen. Die West-Berliner Presse sprach am nächsten Tag von mehr als 100 000 Teilnehmern. Die Beobachter des MfS schätzten die Menge auf 20 000 bis 50 000 Menschen.⁴⁶ Es wurde allgemein angenommen, daß sich in der Menge viele Ost-Berliner befanden. Auch das MfS meldete: „Es wurden an den S- und U-Bahnhöfen zahlreiche Bewohner des demokratischen Sektors beobachtet, die sich zum Rudolf-Wilde-Platz begaben. [...] Die Mehrzahl der Demonstranten bestand aus Jugendlichen – darunter viele Studenten aller Hochschulen.“⁴⁷ Nach Abschluß der Kundgebung setzte sich trotz der Warnungen mehrerer Redner eine größere Menschenmenge – nach den Schätzungen des MfS 1 500 bis 2 000 Personen – in Richtung Sowjetisches Ehrenmal in Bewegung. Dieses befand sich im Britischen Sektor unweit des Brandenburger Tores – also an einem mehr als neuralgischen Punkt. Die West-Berliner Bereitschaftspolizei bildete eine durch Wasserwerfer verstärkte Sperrkette um das Sowjetische Ehrenmal und verhinderte so Übergriffe auf die sowjetischen Ehrenwachen. Die West-Polizei stoppte die aufgebrachte Menschenmenge schließlich unter Einsatz von Wasserwerfern vor der Sektorengrenze. Auch Willy Brandt war dort erschienen und mahnte über Megaphon die Demonstranten zur Besonnenheit. Währenddessen war auch die Volkspolizei am Brandenburger Tor aufmarschiert. Als Demonstranten brennende Fackeln in den Ostsektor warfen und die viersprachigen Hinweisschilder an der Sektorengrenze in Brand steckten, setzte auch die Volkspolizei Wasserwerfer ein. An den Kontrollpunkten und

44 Ebd., Bl. 4.

45 Ebd., Bl. 4 f.

46 Abteilung Information, Information Nr. 311/56 vom 6.11.1956 über die Kundgebung anläßlich der Niederschlagung der ungarischen Konterrevolution, die am 5.11.1956, 18.00 Uhr auf dem Rudolf-Wilde-Platz in Westberlin stattfand, Bl. 1, BStU, MfS, Allg. S. 84/59.

47 Ebd., Bl. 2.

auf den Bahnhöfen waren die Wachen ebenfalls verstärkt worden. „Einzelne Provokateure konnten aufgrund ihrer durchnässten Kleidung bei ihrer Rückkehr in den demokratischen Sektor erkannt und festgenommen werden“, meldete die Staatssicherheit stolz.⁴⁸

Der 6. November 1956

Am folgenden Tag, dem 6. November 1956, spitzte sich die Situation weiter zu. Anlaß war eine Verfügung, am Eingang der Universitätsgebäude die Ausweise zu kontrollieren. Ab 8 Uhr bildete sich vor dem Eingang der Veterinärmedizinischen Fakultät in der Reinhardtstraße und in der Hannoverschen Straße eine größere Ansammlung von Studenten, die sich weigerten, ihre Ausweise vorzuweisen.⁴⁹ Es kam seitens der Umstehenden zu lauten Mißfallenskundgebungen, wenn ein Student unter Vorweisen seines Ausweises die Einlaßkontrolle passierte. Zur Unterstützung der Ordnungsgruppe wurden jeweils fünfzig Studenten der als staatstreu geltenden Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und der ABF an die Orte des Geschehens in der Reinhardtstraße und der Hannoverschen Straße beordert. Inzwischen hatten sich in der Hannoverschen Straße größere Gruppen von Studenten die Ordner beiseite schiebend durch das Tor gedrängt, ohne den Ausweis zu zeigen. In der Reinhardtstraße wurde dies durch Schließung der schweren Eisentore verhindert. Mit dem Einsatz der staatstreuen Studenten vor der Fakultät der Veterinäre erreichte die SED-Leitung das Gegenteil des erwünschten Effekts.

„Gegen 11 Uhr schickten die Veterinärmediziner eine Delegation zum Dekan ihrer Fakultät und erklärten, sie seien jetzt bereit, sich kontrollieren zu lassen, aber nur unter der Bedingung, daß Studenten ihrer eigenen Fakultät die Wache übernehmen. Sie ließen sich nicht von fakultätsfremden Personen kontrollieren.“ Der Dekan der Fakultät, Prof. Schützler, stimmte dieser Forderung zu und beauftragte eigene Studenten, die Torwache zu übernehmen. Nun drohten offene Handgreiflichkeiten. Darauf veranlaßte die SED nach Rücksprache mit Kurt Hager den Rückzug ihrer Eingreiftruppe. Gleichzeitig drohte er der Fakultätsleitung der Veterinärmediziner mit „schwerwiegenden Konsequenzen“, falls es weiter zu Provokationen käme. Um 16.30 Uhr trafen sich die Professoren der Veterinärmedizinischen Fakultät mit dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen sowie dem Rektor und dem Prorektor der Humboldt-Universität. Zur gleichen Zeit wurden die etwa fünfzig FDJ-Funktionäre der Fakultät zusammengerufen. Etwa fünfzehn bis zwanzig Teilnehmer verließen im Verlaufe der fünfstündigen Versammlung den Raum, so daß schließlich beschlossen werden konnte, Semingruppenversammlungen mit „Arbeitern aus Betrieben“ durchzuführen.⁵⁰

Am gleichen Tag spitzten sich auch an der Medizinischen Fakultät die Ereignisse zu. Um 14 Uhr fand im Hörsaal der Pathologie die am 30. Oktober 1956 durch den Ersten Sekretär der Bezirksleitung Berlin, Alfred Neumann, angekündigte Vollversammlung des vierten Studienjahres statt. Neumann hatte versprochen, bei dieser Gelegenheit zu der Gomulka-Rede und der Informationspolitik der SED Stellung zu nehmen. Die DDR-Behörden hatten einige Tage zuvor das Ost-Berliner Boulevardblatt *BZ am Abend* beschlagnahmt, das über die Rede des neuen Ersten Sekretärs der Polnischen

48 Ebd.

49 Informationsbericht der SED-Parteileitung der Humboldt-Universität Berlin an die SED-Bezirksleitung von Groß-Berlin vom 6.11.1956, Bl. 1, LA Berlin, C Rep. 903-01-12, Nr. 52.

50 Ebd., Bl. 2.

Vereinigten Arbeiterpartei berichtet hatte. Der Vorgang war natürlich nicht unbe-merkt geblieben und hatte hämische Schadenfreude ausgelöst.

Die Veranstaltung am 6. November in der Pathologie war durch westliche Rundfunk- und Pressemeldungen bekannt geworden, wodurch ein erheblicher Andrang verursacht wurde. Zugelassen wurde jedoch nur das vierte Studienjahr der Mediziner. Aus dem dritten und fünften Studienjahr wurde ein Vertreter jeder Seminargruppe namentlich eingeladen. Insgesamt nahmen dem SED-Bericht zufolge etwa 420 Personen an der Versammlung teil. Nach anderen Berichten hatte die Veranstaltung etwa dreihundert Teilnehmer.⁵¹ „Die Einlaßkontrolle hat gut funktioniert“, schrieb der Berichterstatter der SED, „und verhinderte, daß größere Gruppen von Vorklinikern und Zahnärzten in die Versammlung gelangen konnten.“⁵² So war für einen relativ reibungslosen Ablauf gesorgt. Anwesend waren neben Alfred Neumann und Hans Modrow, damals Erster Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Berlin, auch eine fünfköpfige Delegation angeblicher Arbeiter aus dem Elektro-Apparate-Werk „J.W. Stalin“ (EAW) in Berlin-Treptow, sechs Mediziner von der Karl-Marx-Universität Leipzig sowie eine Reihe von Professoren der Berliner Universität.⁵³ „Als klar wurde, daß wir die Versammlung fest in der Hand haben, verließen während der Versammlung etwa 20 % der Anwesenden den Saal (einzeln und in kleineren Gruppen), ein größerer Teil entzog sich der Abstimmung über die Resolution, indem er unmittelbar vorher den Saal verließ.“⁵⁴

Eine anderer Teilnehmer seitens der SED berichtete: „Nach der Verlesung der Resolu- tion und der Wahl der Redaktionskommission kam es zu keiner richtigen Diskussion. [...] Die Losung des Rias – entweder großen Krach zu veranstalten oder absolut zu schweigen – wurde offensichtlich von denen befolgt, welche vorher stürmisch eine Klinikerversammlung gefordert hatten. Ein anderer Teil war von der Rede des Genossen Neumann so stark beeindruckt, daß er sich nicht traute, mit kleinen Fragen zu kommen. Unsere aktiven Freunde waren nicht in entsprechender Weise auf die Ta- gung vorbereitet und schwiegen deshalb auch. Kurz vor der Abstimmung über die Re- solution verließ etwas mehr als ein Viertel der Anwesenden den Saal. Mit einer Stimmenthaltung wurde dann die Resolution angenommen. Die Versammlung wurde dann in aller Ruhe abgeschlossen. [...] Der Verlauf der Versammlung zeigte, daß die gegnerischen Elemente nicht wagten, angesichts der klaren Argumentation des Genossen Neumann und der guten Vorbereitung der Versammlung irgendeinen Krawall anzuzetteln.“⁵⁵

51 Vollversammlung des IV. Studienjahres am 6.11.1956 (Abschrift), Bl. 1, LA Berlin, C Rep. 903-01-12, Nr. 52.

52 Informationsbericht der SED-Parteileitung der Humboldt-Universität Berlin an die SED-Bezirksleitung von Groß-Berlin vom 6.11.1956, Bl. 2, LA Berlin, C Rep. 903-01-12, Nr. 52.

53 Vollversammlung des IV. Studienjahres am 6.11.1956 (Abschrift), Bl. 1, LA Berlin, C Rep. 903-01-12, Nr. 52; laut dieser Quelle waren folgende Professoren anwesend: Steininger, Naumann, Kettler, Felix, Rosenthal, Kraatz sowie Staatssekretär Prof. Winter. Rosenthal verließ unter Protest den Saal, als bekannt wurde, daß ein Teil der Studenten am Zutritt gehindert worden war.

54 Informationsbericht der SED-Parteileitung der Humboldt-Universität Berlin an die SED-Bezirksleitung von Groß-Berlin vom 6.11.1956, Bl. 2, LA Berlin, C Rep. 903-01-12, Nr. 52.

55 Vollversammlung des IV. Studienjahres am 6.11.1956 (Abschrift), Bl. 1 f., LA Berlin, C Rep. 903-01-12, Nr. 52.

Situation an der Medizinischen Fakultät der Humboldt-Universität

Die Stimmung an der Medizinischen Fakultät war nach wie vor angespannt, zumal trotz aller Repressionen ein frei gewähltes Sprecheraktiv existierte, das aus jeweils zwei Vertretern jeder Seminargruppe bestand. Dieses Sprecheraktiv nannte sich auch „Rat der 56“. Ihre Hauptsprecher waren die Studenten Lichtenstern und Jahn.⁵⁶

In einem Bericht vom 16. November 1956 charakterisierte ein SED-Funktionär den ideologisch-politischen Zustand an der Medizinischen Fakultät der Humboldt-Universität: „Von 600 Studenten sind 48 Genossen. Einige sehr schwach und schwankend. Die ganze Stimmung ist für parlamentarischen Liberalismus.“⁵⁷

Die Tätigkeit des Sprecheraktivs beschrieb der Bericht der Abteilung Wissenschaft und Propaganda des ZK der SED: „Dieses Sprecheraktiv besteht aus FDJ-lern und einigen nichtorganisierten Studenten. Die Zusammensetzung wechselt ständig, da manche Seminare alle 2 bis 3 Tage neu wählen. Dadurch geraten ehrliche FDJ-ler mit hinein und die Organisatoren dieses Sprecheraktivs können ihre Leute ständig austauschen. Fast alle Vertreter dieses Sprecheraktivs treten sehr anmaßend auf, da sie ‚die Macht haben‘, und fühlen sich moralisch durch ihre Wahl berechtigt, zu entscheiden. Jede gemeinsame Festlegung wird von dem gesamten Studienjahr in den Vorlesungspausen zur Abstimmung gebracht. Durch diesen ‚parlamentarischen‘ Ablauf und dadurch, daß einige den Ton abgeben und die Mehrheit der ehrlichen FDJ-ler nicht die Tonangebenden erkannt hat, glaubt das ganze Studienjahr, bis auf etwa 40 Genossen, das dies der richtige Weg der Demokratisierung sei.“⁵⁸

Die Schlußfolgerung der ZK-Abteilung lautete: „Wir sollten diese Bewegung sehr ernst nehmen, da es sich einerseits um eine im Moment von der Masse getragene, subjektiv ehrliche demokratische Bewegung handelt. Leider wird diese Bewegung von eindeutig oppositionellen und zum Teil gegnerischen Kräften geleitet.“⁵⁹

Eine MfS-Information vom 26.11.1956 beschäftigte sich ausführlich mit der „feindlichen Gruppenbildung“ an der Humboldt-Universität: „In der letzten Zeit haben sich an der Humboldt-Universität an verschiedenen Fakultäten Gruppen gebildet, die die Studenten gegen die DDR, die SED und die FDJ aufwiegeln, um sie für ihre Ziele zu gewinnen. Die Rädelsführer sind meist Studenten bürgerlicher Herkunft.“⁶⁰

An der Medizinischen Fakultät wurde von der Staatssicherheit eine „Gruppe Hansen“ ausgemacht. Der Gruppe gehören angeblich fünf Studenten (Vater, Wirsing, Kressin, Wolters, Feige) als „engste Vertraute“ und zwei Studenten als „Verbindungsleute“ an (Schwarz, Nicklisch). Unter den Studenten gewinne Hansen an „Einfluß durch sein ständiges Opponieren. Sie sehen ihn als ihren Vertreter an und erklärten: ‚Wenn Hansen festgenommen wird, streiken wir.‘“⁶¹

Die Gruppe trat laut Stasi-Informationen „durch Artikel an der Wandzeitung in Erscheinung. Zum Beispiel nimmt Hansen in einem Artikel am 2.10.1956 zu dem Problem der Westdeutschlandreisen von Studenten der DDR Stellung. Der Artikel ist eine

56 Abteilung Information, Information Nr. 361/56 vom 26.11.1956, BStU, MfS, Allg. S. 85/59.

57 Notiz der Abteilung Wissenschaft und Propaganda im ZK der SED vom 16.11.1956, Bl. 1, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/904-494.

58 Ebd.

59 Ebd.

60 Abteilung Information, Information Nr. 360/56 über Gruppenbildung an der Humboldt-Universität Berlin vom 26.11.1956, BStU, MfS, Allg. S. 85/59.

61 Ebd., Bl. 1.

Wiedergabe des Rias. Hansen ist der Urheber von verschiedenen Resolutionen, Diskussionen und auch Wandzeitungsartikeln, die sich mit Fragen des Russisch- und gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichtes und mit der Bildung einer unabhängigen Studentenorganisation befassen. [...] Hansen hat Verbindung zu seinen Verwandten in Westberlin und Westdeutschland. Er sympathisiert mit dem SDS und den Falken.“⁶²

Am Chemischen Institut machte die Staatssicherheit eine „Gruppe Neuenhöfer“ aus. „Verschiedene Studenten des Chemischen Institutes“, heißt es in dem MfS-Bericht, „tragen Forderungen (Abschaffung des Russisch-Unterrichts und der Gewi-Seminare) in andere Versammlungen hinein, um einen möglichst großen Unruheherd unter den Studenten zu schaffen. Diese Studenten drohen mit gewaltsamer Durchsetzung ihrer Forderungen und forderten alle Fakultäten auf, ebenfalls etwas zu unternehmen, um ihre Forderungen durchzusetzen, da die augenblickliche Lage dafür äußerst günstig wäre. Die Rädelsführer dieser Gruppen sind:

1. Der Student Neuenhöfer, dessen Vater Professor, Direktor des Instituts für organische Chemie ist. Professor Neuenhöfer steht unter dem Verdacht, Zersetzungsbearbeitung zu leisten.
2. Der Student Preis, der eine starke Bindung zur Kirche hat und eine starke antiso-wjetische Haltung zeigt.
3. Der Student Rappe ist Mitglied eines Posaunenchores der evangelischen Kirche in Pankow und der wichtigste Wortführer.
4. Der Student Schön unterliegt der westlichen Ideologie blindlings.“⁶³

Am Institut für Physik sah die Staatssicherheit eine „Gruppe Lenk“ am Wirken. Sie hätte sich angeblich am 4. November 1956 in West-Berlin bei der Freundin von Lenk zusammengefunden. „Dort berieten sie über die Herausgabe eines Flugblattes, welches zum Ziel haben sollte, die Studenten der Humboldt-Universität für Streik- und Protest-resolutionen zu gewinnen. [...] Mitglieder dieser Gruppe sind der Student Lenk, der am Institut für Physik studiert, der Student Paschereit, ehemals an der Pädagogischen Fakultät der Humboldt-Universität, jetzt Student an der Freien Universität in Westberlin, der zur Zeit arbeitslose Patzak, der vorher im DIA-Bergbau beschäftigt war.“⁶⁴

Auch am Institut für Finnougristik – Finolugristik machte der Stasi-Offizier daraus – sollte es eine konterrevolutionäre Gruppe geben, die Kontakte zur ungarischen Botschaft habe. Angesichts der Ereignisse in Ungarn verfolgte das MfS solche Verbindungen natürlich mit besonderer Aufmerksamkeit.

Sehr breit wird der Fall des Gustav Hiller geschildert, der am 30. Oktober 1956 auf der Vollversammlung der Medizinischen Fakultät „besonders aggressiv in Erscheinung“ getreten war [...] Er störte die Versammlung durch Pfui-Rufe und negative Äußerungen.⁶⁵ Er ist Sohn eines Studienrates und legte 1953 das Abitur in Rathenow ab. Danach wurde er republikflüchtig, kehrte aber nach Hause zurück und bewarb sich erfolgreich an der Humboldt-Universität. Dann wechselte er zur Hochschule für Politik in West-Berlin. Schließlich bewarb er sich – sein Studium in West-Berlin verschweigend – erneut an der Humboldt-Universität und begann ein Studium der Veterinärmedizin. Als seine Vergangenheit bekannt wurde, wechselte er Anfang 1956 zur Freien

62 Ebd., Bl. 1 f.

63 Ebd., Bl. 2.

64 Ebd., Bl. 3.

65 Ebd.

Universität. Weiter wird mitgeteilt, daß er sich als Sozialist bezeichne, den Staat ablehne und sich intensiv mit der russischen Sprache und der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beschäftige.

„Alle [...] angeführten Gruppen und Personen werden weiter bearbeitet“, heißt es im Schlußsatz des Stasi-Dokuments lapidar.⁶⁶

Am 14. Dezember 1956 kam es während einer Studentenvollversammlung der Veterinärmediziner neuerlich zu offenen Mißfallenskundgebungen der Studenten gegenüber dem SED-Politbüromitglied Karl Schirdewan. „Gerade in dem Moment als der Versammlungsleiter aufstand“, so der Bericht, „schrie der Student Lehmann in den Saal: ‚Ich habe gehört, daß Herr Karl Schirdewan vor den Studenten der Veterinärmedizinischen Fakultät sprechen will. Ich stelle fest, daß in diesem Saal Arbeiter aus den Betrieben, also fakultätsfremde Personen, anwesend sind. Ich fordere die Arbeiter auf, den Saal zu verlassen. Wenn die Arbeiter nicht gehen, dann gehe ich. Es genügt, wenn je ein Arbeiter des Betriebes im Präsidium Platz nimmt.‘ Ohne eine Erwiderung des Versammlungsleiters abzuwarten, zog er sich umständlich den Mantel an und verließ den Saal. Mit ihm ca. 80 Studenten (ein Drittel der Anwesenden).“⁶⁷ Der Student Lehmann war zu diesem Zeitpunkt kein Unbekannter mehr. Er gehörte zu dem Zehner-Rat, der am 3. November 1956 von den Studenten gewählt worden war. Anfang 1957 wurde er aus der FDJ ausgeschlossen, und nun wurde auch sein Ausschluß vom Studium in Angriff genommen. Auch ein zweites Mitglied des Zehner-Rates stand nun auf der Liste der zu Exmatrikulierenden. Der Student Radtke verließ ebenfalls am 14. Dezember 1956 demonstrativ den Saal, als der Versammlungsleiter Karl Schirdewan ankündigte. Schon am 30. Oktober 1956 sei er auf einer Versammlung der Medizinischen Fakultät in „unverschämter und provokativer Art und Weise“ aufgetreten.⁶⁸ „Als die Auseinandersetzungen auf dieser Versammlung ihren Höhepunkt erreichten, schrie er dazwischen: ‚Mein Freund ist aus politischen Gründen verhaftet worden!‘ Daraufhin wurde ihm die Frage gestellt, wie denn dieser Freund heißt und wo er wohnt. Beide Fragen wurden von ihm sofort beantwortet. Daraufhin erhielt er einen riesigen Beifall der gesamten Versammlung. Die Überprüfung der Organe für Staatssicherheit ergaben, daß dieser sogenannte Freund Mitglieder der SED in Strausberg auf das schwerste mißhandelt hat und des öfteren die Drohung ausgestoßen hat, wenn es mal anders kommt, die ihm bekannten SED-Mitglieder im Teich zu ersäufen.“⁶⁹

Weiter hielt der Bericht noch für mitteilenswert, daß „dieser Student Besitzer eines Autos ist“ und seine Sommerferien in Westdeutschland verbringe. „Fachlich ist er sehr schlecht. (Politische Ökonomie und Pathologie eine 5).“⁷⁰

Das dritte Mitglied des Zehner-Rates, welchem nun die Exmatrikulation drohte, war der Student Stoye aus dem zweiten Studienjahr. „Er trat laufend aggressiv gegen die Politik der Partei und Regierung auf. Im gesellschaftswissenschaftlichen Seminar sagte er: ‚Die Studenten haben die Lunte am Pulverfaß‘. Als er mit den anderen Mitgliedern des Zehner-Rates vom Prorektor kam, sagte er folgendes: ‚Wenn Sie Krawall

66 Ebd., Bl. 4.

67 Vorschlag [der SED-Parteileitung der Humboldt-Universität Berlin] zur Exmatrikulation folgender Studenten der Vet.-Med.-Fakultät der Berliner Humboldt-Universität [Lehmann, Radtke, Stoye, Cott], o.D. [Februar 1957], Bl. 1, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/904-494.

68 Ebd., Bl. 1.

69 Ebd., Bl. 1 f.

70 Ebd., Bl. 2.

vermeiden wollen, dann sollten Sie unseren Forderung nachgeben.“⁷¹ Nun bot er durch das Verlassen des Saals einen Anlaß für seine Exmatrikulation.

Der vierte Student, Cott aus dem vierten Studienjahr, hatte am 3. November 1956 die Versammlung und die Wahl des Zehner-Rates geleitet. „Cott tritt laufend, teils in aggressiver, teils in äußerst demagogischer Art, gegen unsere Partei und Regierung auf. Auf der FDJ-Aktivtagung, am Dienstag, dem 11.12.1956, sagte er unter anderen: ‚Ich bin kein Marxist und werde nie einer werden; deshalb halte ich auch das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium für überflüssig. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die FDJ nicht die Studenten vertritt. Mit der Landwirtschaftspolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bin ich nicht einverstanden‘ usw.“⁷² Als belastendes Moment wurde in dem „Vorschlag“ zur Exmatrikulation noch hinzugefügt, daß sein Vater Tierarzt und sein Onkel Professor an der Universität Hannover sei.

Stalinismus, Reformsozialismus und Demokratie

Die SED hatte in der Krise im Herbst 1956 bewiesen, daß sie in der Lage war, durch Kontrolle, Einschüchterung und partielle soziale Zugeständnisse jene Friedhofsruhe falscher Einmütigkeit herzustellen, die im Lande alle schöpferischen Kräfte lähmte und es dadurch langfristig zugrunde richtete. Die verantwortlichen Funktionäre für diese Maßnahmen waren sowohl jene bald von Ulbricht in die Wüste geschickten Reformpolitiker wie Karl Schirdewan – es ist nicht bekannt, daß er auch nur den kleinen Finger gerührt hätte, als Studenten exmatrikuliert wurden, weil sie zu Beginn seiner Rede den Raum verlassen hatten – als auch solche Hoffnungsträger der demokratischen reformierten DDR wie Hans Modrow, der 1956 als Erster Sekretär der FDJ-Bezirksleitung mitverantwortlich für die staatlichen Repressionen war.

Wichtig sind die Quellenbelege über die politischen Intentionen und sozialen Hintergründe der protestierenden Studenten. Die sparsamen – und in der Regel in deutlich herabsetzender und denunziatorischer Absicht ausgewählten – Angaben zur Person sind dennoch sozialgeschichtlich außerordentlich interessant. Offenbar war die als Vorwurf formulierte Behauptung, die Wortführer der Studentenbewegung seien bürgerlicher Herkunft, nicht ganz falsch. Soweit also überhaupt Angaben überliefert sind, zeigen diese einen bildungsbürgerlich-christlichen Hintergrund. Auch die dominierende Ideologie war keineswegs reformkommunistisch, sondern eher bürgerlich-liberal, teilweise sozialdemokratisch. Das gleiche gilt für die überlieferten Forderungen der Studentenschaft. Dort, wo noch Vorsicht walten mußte, da die Verfasser der Resolutionen und die Wortführer des Protestes namentlich bekannt waren, bewegten sich die Forderungen im Rahmen des Systems, waren in ihrer politischen Grundrichtung aber liberal. Sie forderten neben der freien Wahl der Fremdsprache und der Abschaffung des sogenannten gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums – das sich faktisch auf ein stupides Wiederkäuen der SED-Parolen beschränkte – Reisefreiheit, Studentenaustausch mit Westdeutschland, freien Zugang zu westlicher Literatur und unabhängige Studentenvertretungen. Die illegal hergestellten und heimlich verbreiteten Flugblätter riefen zur Solidarität mit dem ungarischen Volk auf, das sich in diesen Tagen in einem bewaffneten Abwehrkampf gegen die sowjetische Okkupation befand, sowie zum Kampf gegen das SED-System. Zweifellos vollzog sich nach dem

71 Ebd.

72 Ebd.

XX. Parteitag der KPdSU eine fundamentale Verunsicherung der SED-Mitglieder, die auch die Funktionäre und den hauptamtlichen Apparat erfaßte. Die Ereignisse des Jahres 1956 stürzten viele SED-Mitglieder in eine Glaubenskrisen, die für manche mit dem Glaubensverlust endete. Dennoch blieben die Versuche eines grundsätzlichen Kurswandels innerhalb der Partei letztlich Sache von isolierten Zirkeln und einzelnen Personen. Sie mögen tatsächlich von einer sozialistischen Demokratie in Ostdeutschland geträumt haben, die von so gewaltiger Ausstrahlungskraft auf die Linke und die Arbeiterbewegung im Westen sein würde, daß über kurz oder lang in ganz Deutschland der Sozialismus siegen würde. Wolfgang Harich hat in späteren Jahren immer wieder betont, daß dieser nationale Aspekt für ihn im Vordergrund stand, und nannte sich gerne Nationalkommunist. Die Utopie einer freien, demokratischen und selbstbestimmten Gesellschaft auf der Grundlage des Gemeineigentums an Produktionsmitteln – also die Vollendung der Ideale der Französischen Revolution durch die soziale Harmonie der klassenlosen Gesellschaft – zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der real existierenden kommunistischen Diktatur. Für die Anhänger dieser Grundauffassung waren die Ereignisse von 1956 von tiefer Tragik, aber auch – wie später das Scheitern des Prager Frühlings und der polnischen Freiheitsbewegung – verbunden mit der Anziehungskraft der unerfüllten Utopie, die den Mühen der Ebene enthoben war.

Deswegen dominierten die Reformkommunisten – um bei dem Begriff des Jahres 1956 zu bleiben – den intellektuellen Diskurs über jene Ereignisse viel stärker, als dies durch die historische Realität begründbar scheint. Der Grundwiderspruch zwischen Sozialismus und Freiheit war bereits 1956 unaufhebbar. In keinem der Grundsatzpapiere – auch nicht in Harichs Plattform – ist der Fall vorgesehen, daß die Bevölkerung nach der Herstellung der demokratischen Freiheit die sozialistische Herrschaft abwählt. Im tiefsten Inneren haben wohl alle gewußt, daß es genau so kommen würde. Insofern bewiesen Walter Ulbricht und Erich Mielke ein größeres Realitätsbewußtsein als die Traumtänzer des Reformkommunismus. Diese zentrale Debatte von 1956 wurde nach dem Ende der ungarischen Revolution und der Stabilisierung der Lage in der DDR gewissermaßen durch die normative Kraft des Faktischen unterbrochen und erst 1989 zu Ende geführt. In diesem Sinne ist das Jahr 1956 in der Tat ein Lehrstück für das komplizierte Dreiecksverhältnis von stalinistischer Diktatur, Reformsozialismus und Demokratie.